



Bericht des
Landesschatzmeisters
über die
**Finanzen des SPD-Landesverbandes
Bayern**

Haushaltsjahr 2013
Haushaltsjahr 2014

für den Landesparteitag 27.-28.6.2015
in Hirschaid

Finanzbericht 2013/2014

Neben dem Ziel einer ausgeglichenen Haushaltsfinanzierung galt ein Hauptaugenmerk der Sicherung der Finanzierung der Landtags-, Bundestags- und Europawahlen 2013/2014 sowie einer der Bedeutung der BayernSPD als Volkspartei angemessenen hauptamtlichen Präsenz in der Fläche. Die Struktur des Haushaltes und der mittelfristigen Finanzplanung ist nach wie vor geprägt von der 2002 erfolgten Entscheidung des Landesvorstands, das Parteihaus Oberanger 38 in München zu erwerben.

Dafür wurde seinerzeit neben angespartem Vermögen auch die angesparte Wahlkampfrücklage investiert. Um die Wahlkämpfe trotzdem wie geplant finanzieren zu können, wurde mit dem Parteivorstand ein Überziehungskredit ausgehandelt, der bei Landtagswahlen im Wahljahr voll ausgeschöpft und nun nach dem Wahljahr 2013 wieder rückgeführt wird. Die Mieteinsparungen des Landesverbandes und die Mieteinnahmen von Dritten sind in diesem Modell höher als die zu zahlenden Zinsen. Durch verschiedene Maßnahmen konnte in den letzten Jahren die Ertragskraft der Immobilie deutlich gesteigert werden.

Das wirtschaftliche Eigentum aller Vermögensstücke liegt gemäß § 25 Absatz 1 Satz 1 des Organisationsstatuts der SPD beim Parteivorstand. Der Immobilienbesitz wird im Rechenschaftsbericht der Gesamt-SPD in der Vermögensbilanz erfasst. Das Vollmarhaus München am Oberanger ist dort zurzeit mit 6,8 Millionen EUR erfasst.

Einnahmen und Ausgaben:

Der Landesverband finanziert sich hauptsächlich aus Mitgliedsbeiträgen. Mit 3.479.958 EUR waren dies 2013 48,5 % und mit 3.537.458 EUR 2014 54,2 % der Gesamteinnahmen. An zweiter Stelle stehen die staatlichen Mittel mit 2.063.357 EUR im Jahr 2013 (28,7 %) und mit 2.018.747 EUR im Jahr 2014 (30,9 %). Die MandatsträgerInnenabgaben hatten 2013 mit 226.130 EUR einen Anteil von 3,1 % und 2014 - bedingt durch eine erfreuliche Erhöhung der Abgeordnetenmandate durch die Landtags- und Bundestagswahl sowie eine Erhöhung der Mandatsträgerabgaben – mit 313.631 EUR einen Anteil von 4,8 %. Die Einnahmen aus Spenden lagen im Wahlkampfjahr 2013 mit 330.621 EUR bei 4,6 % und 2014 mit 95.403 EUR bei 1,5 %. 2013 hatte dabei die Kandidatur von Christian Ude als Spitzenkandidat für die Landtagswahl die Spendenfreudigkeit bei unseren Mitgliedern zusätzlich deutlich angeregt.

Zum Vergleich: Die CSU-Landesleitung verfügte 2013 – das sind die letzten veröffentlichten Zahlen – über rd. 4,9 Mio. EUR Beiträge, rund 2,3 Mio. EUR Spenden und vor allem über 12 Mio. EUR staatliche Mittel. Ein großer Teil der CSU-Einnahmen ist also nicht von der Mitgliederbewegung und dem Beitragsverhalten abhängig. Von den 2,3 Mio. EUR Spenden an die CSU stammten rd. 1,7 Mio. EUR aus Spenden von juristischen Personen, also aus der Wirtschaft.

Der Landesverband Bayern hatte in den dreizehn Jahren von 1992 bis 2014 ein jährliches Gesamteinnahmenvolumen zwischen 5 und 7 Millionen EUR. Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen waren 2004 erstmals unter die 3-Millionengrenze bis auf rd. 2,7 Mio. EUR im Jahr 2010 gesunken. Dass die Beitragseinnahmen 1992 - 2010 trotz Mitgliederverlusten nicht stärker eingebrochen sind, ist zurückzuführen auf Maßnahmen im Bereich der allgemeinen Beitragsverteilung, Beitragsaktionen 1997 und 2001 sowie die Einführung des dynamischen Beitrags in 2003. Dieses Beitragsplus konnte allerdings nur die Verluste durch Mitgliederschwund mildern.

Um die Einnahmebasis der BayernSPD mittelfristig zu stabilisieren und auch in finanzieller Hinsicht politische Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen, mussten deshalb dann in den Jahren 2010 und 2011 erhebliche Anstrengungen unternommen werden. Dass dies gelingen konnte, ist einem solidarischen Miteinander der Funktionäre, MitarbeiterInnen, Mitglieder und MandatsträgerInnen des Landesverbandes zu verdanken.

Ein Anschreiben an Kommunalpolitiker im Laufe des Jahres 2010 brachte jährliche Mehreinnahmen für die Gesamtpartei von rd. 38.500 EUR.

Vor allem die Beitragsaktion zum 01.01.2011, die eine durchschnittliche Erhöhung der Beiträge der Mitglieder der BayernSPD um 1 EUR/Monat zum Ziel hatte, war ein großer Erfolg. Der Durchschnittsbeitrag konnte sogar um 1,05 Euro auf damals 7,65 € gesteigert werden. Für alle Gliederungen in Bayern brachte dies pro Jahr mehr als 700.000 EUR ein. Die vom außerordentlichen Landesparteitag in Landshut fast einstimmig beschlossene Erhöhung des Beitragsanteils des Landesverbandes um 5 Prozentpunkte am Gesamtaufkommen brachte diesem ein jährliches Plus von ca. 280.000 EUR. Die Verluste der Untergliederungen, denen ein um 5 Prozentpunkte reduziertes Beitragsaufkommen zur Verfügung steht, konnten durch die erfolgreiche Erhöhung des Durchschnittsbeitrages weitgehend kompensiert werden.

Eine stufenweise Erhöhung der MandatsträgerInnenabgaben von Europa-, Bundes- und Landtagsabgeordneten, welche vom Kleinen Landesparteitag 2010 beschlossen und von den Betroffenen solidarisch mitgetragen wird, bewirkt mittlerweile im Vergleich zu vor 5 Jahren jährliche Mehreinnahmen von mehr als 100.000 EUR. Die Mandatsträgerinnen und Mandatsträger der BayernSPD erfüllen bis auf einen Landtagsabgeordneten, der sich zur Begründung seiner unvollständigen Zahlungen auf Art. 22 BayAbgG beruft, ihre Abgabepflicht vollständig und solidarisch. Die jährliche Dynamisierung der MandatsträgerInnenabgabe hat sich auch in der praktischen Umsetzung bewährt.

Der SPD-Landesverband Bayern hält nach wie vor den Spitzenplatz unter allen SPD-Landesverbänden, was die Kassierungsquote angeht. Organisatorisch wurde von uns also alles unternommen, um die Einnahmen zu sichern. Ein Dank gebührt hier unseren Kassiererinnen und Kassierern vor Ort, sowie den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Landesgeschäftsstellen und in den Geschäftsstellen vor Ort, die eine vorbildliche Leistung erbringen.

Mitgliederentwicklung und -struktur

Die BayernSPD hat seit der Organisationsreform und der Zusammenführung der damaligen drei Bezirke zu einem einheitlichen Landesverband Anfang 1992 51.183 Mitglieder verloren (von 112.420 auf 61.237 im Mai 2015). Seit dem ordentlichen Landesparteitag 2013 gab es einen Rückgang von 64.082 auf 61.237 Mitglieder und damit (bewertet mit dem aktuellen Durchschnittsbeitrag) ein Minus von rund 230.000 EUR für alle Gliederungen in Bayern pro Jahr.

2013 waren die Eintritte höher als die Austritte. 2013 lagen die Eintritte bei 2.504 und die Austritte bei 1.536 Personen. Hier haben die Wahlen und vor allem der Mitgliederentscheid zur Koalitionsfrage Neumitglieder geworben. Die 1.202 Todesfälle des Jahres 2013 konnten indes nicht kompensiert werden. Bereits 2014 kamen dann auf 1.791 Eintritte wieder 2.189 Austritte. Hinzu kamen 1.094 Todesfälle.

Eine Herausforderung ist die Altersstruktur der SPD. 75,2 % der Mitglieder der BayernSPD sind mittlerweile 50 Jahre und älter, 55,25 % sind 60 Jahre und älter. Ein Vergleich der Altersstruktur der BayernSPD mit der Gesamtbevölkerung zeigt ein deutliches Defizit bei den unter 40-Jährigen. Nur 6,1 % unserer Mitglieder sind jünger als 30, dafür sind 30,6 % 70 und älter, 10,3 % sind 80 Jahre und älter. Das waren im März 2015 mit 6.308 Mitgliedern mehr GenossInnen als die 6.016 Mitglieder unter 35.

Staatliche Parteienfinanzierung und Zuschüsse

Der Mitgliederschwund hat auch Auswirkungen auf die staatlichen Mittel, die sich zum einen Teil am Wahlergebnis, aber auch mit bis zu 0,38 EUR pro Beitragseuro am Mitgliederbeitrag orientieren. Mitgliederschwund bewirkt Beitragsausfall, Beitragsausfall bewirkt Rückgang staatlicher Mittel – ein Dominoeffekt. Positiv wirkt sich hier dagegen die erreichte Durchschnittsbeitragserhöhung aus. Da die staatlichen Mittel in ihrer Gesamthöhe für alle Parteien zusammen festgeschrieben sind, ist eine Prognose jedoch schwierig.

Der Anteil der staatlichen Mittel beträgt für die BayernSPD zurzeit rd. 2 Mio. EUR/Jahr. Die Entwicklung der Landtagswahlen der letzten 12 Jahre hat dabei die Einkommenssituation der BayernSPD stark beeinflusst. Das Ergebnis der Landtagswahlen 2003 brachte für die BayernSPD einen Rückgang um 744.818 Wählerstimmen, 2009 nochmals um 19.915 Wählerstimmen. Dies ergab damals jährliche Mindereinnahmen an staatlichen Mitteln von 382.366,50 EUR. Bei den Landtagswahlen 2013 konnten durch den Zuzug von rd. 232.000 Stimmen die jährlichen Einnahmen wieder um rund 116.000 Euro verbessert werden. Nach wie vor ist unsere Sondersituation das Hauptproblem der BayernSPD: In allen anderen Bundesländern mit Ausnahme Sachsens waren in der Vergangenheit die Einnahmen der SPD-Landesverbände zum Teil deutlich höher als die der jeweiligen CDU-Landesverbände oder ungefähr gleich hoch.

Denn: Nur in Bayern, wo der SPD quasi eine Bundespartei gegenübersteht, die keine Mittel an eine übergeordnete Gliederung abführt und die staatlichen Mittel alleine einnimmt, sind die Einnahmen des politischen Gegners drei- bis viermal so hoch. Auf kommunaler Ebene, wo der finanzielle Unterschied oft nicht so drastisch ist, vor allem in Großstädten, sind die Chancen der SPD deshalb meist deutlich besser, als auf Landesebene.

Struktur der Ausgaben

Den größten Anteil an den Gesamtausgaben bilden die Personalausgaben. Sie betragen 2013 mit 4,2 Mio. EUR 53,9 % und 2014 mit 3,77 Mio. EUR 70,3 % der Gesamtausgaben. Dass der Prozentanteil an den Gesamtausgaben 2013 niedriger ist als 2014 liegt an den Wahlkampfausgaben, die 2013 die Ausgabenseite zusätzlich anhoben.

Die umfangreichen Reformen im Personalbereich nach der Beitragsaktion 2011 waren in den Berichtsjahren weitgehend abgeschlossen. Der Personalausschuss hat sich dabei immer von der Überzeugung leiten lassen, dass eine starke hauptamtliche Präsenz in der Fläche für den Status der BayernSPD als Volkspartei unerlässlich ist. 2012 wurde deshalb – erstmals seit Jahrzehnten – eine zusätzliche Geschäftsstelle in Freising geschaffen und mit einem Geschäftsführer besetzt. Als Folge eines Altersteilzeitmodells – das mittlerweile fast ausgelaufen ist – waren in mehreren Bezirken die Bezirksgeschäftsführungen neu zu besetzen. Bei dieser Gelegenheit wurden der Aufgabenbereich der Bezirksgeschäftsführerinnen und Bezirksgeschäftsführer neu geordnet und deren Stellung als mittlere Führungsebene aufgewertet und gestärkt. Schließlich liegen nunmehr für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BayernSPD neu gefasste Stellenbeschreibungen vor, die auch den Ehrenamtlichen vor Ort verdeutlichen sollen, was sie von „ihren“ Hauptamtlichen erwarten können. Auf Grund des positiven Ergebnisses der Beitragsaktionen konnten ab 2012 auch wieder lineare Gehaltssteigerung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vereinbart werden.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die Betriebsparteien mit ihrer verantwortungsvollen Politik einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet haben, dass trotz eines schwierigen finanziellen Gesamtumfelds die Personalausgaben „beherrschbar“ geblieben sind. Gleichzeitig konnte so viel Handlungsspielraum zurückgewonnen werden, dass Fehlentwicklungen durch Stellenhebungen und Erhöhung von Stundendeputaten korrigiert und Lücken geschlossen werden konnten. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der BayernSPD sowie dem Betriebsrat gebührt hierfür auch der Dank des Landesschatzmeisters.

Verwaltungsausgaben für den laufenden Geschäftsbertrieb ergaben 2013 mit rd. 584.508. EUR rd. 7,5 % und 2014 mit 487.496 EUR rd. 9,1 % der Gesamtausgaben. Der höhere Betrag in 2013 resultiert aus den höheren Verwaltungskosten zu Wahlkampf-

zeiten. dasselbe gilt für die allgemeine politische Arbeit mit 575.902 EUR in 2013 (7,3 %) und mit 363,814 EUR in 2014 (6,8 %).

Für Wahlkämpfe wurden 2013 direkt 1,7 Mio. EUR ausgegeben, davon 48.571 EUR bereits im Hinblick auf den Kommunalwahlkampf 2014. Zusätzliche 524.000 Euro wurden für Wahlkampfmaßnahmen wie Personal- und Stundenaufstockungen in den Geschäftsstellen und in der Wahlkampfzentrale aufgewendet. 2014 waren es (ohne zusätzliche Personalausgaben) nochmals 82.674 EUR.

Vermögen:

Das Vermögen aller Gliederungen der BayernSPD hat in den Jahren 1992 - 2013 von 7,8 Mio. EUR auf 15,01 Mio. € zugenommen. Die Erfassung der Rechenschaftsberichte für 2014 ist bei den Untergliederungen noch nicht ganz abgeschlossen, deshalb kann der Vergleich aller Gliederungen der BayernSPD nur bis 2013 vorgenommen werden.

Das Vermögen ist sehr unterschiedlich verteilt. Die bayerischen Ortsvereine waren mit einem Vermögen von rd. 8,77 Mio. EUR Ende 2013 die reichste Gliederungsebene in Bayern. Das Ortsvereinsvermögen ist seit 1992 nie mehr unter den damaligen Stand von 4,2 Mio. EUR gesunken, auch nicht nach Kommunalwahlen. An zweiter Stelle kommen die Unterbezirke, Stadt- und Kreisverbände mit rd. 5,85 Mio. EUR am 31.12.2013 nach den Landtags- und Bundestagswahlen in diesem Jahr. Die Bezirksverbände verfügten Ende 2013 über ein Vermögen von 1,45 Mio. EUR. Der Landesverband Bayern hatte 2013, bedingt durch die oben erläuterte Art der Finanzierung des Parteihauses einen negativen Saldo von 972.687 EUR, der aber mittlerweile durch die Ansparungen für die Wahlen ab 2018 wieder auf einen Vermögensstand von 185.174 Euro abgebaut werden konnte.

Fazit und Ausblick:

Der SPD-Landesverband hat trotz sinkender Mitgliederzahlen die Jahre nach der Organisationsreform ausgeglichene Haushalte erwirtschaftet und konnte im Sommer 2002 sogar das Parteihaus in München erwerben. Durch das eingangs geschilderte Finanzierungsmodell für den Hauskauf wird die Wahlkampfrücklage seit 2002 nicht mehr nur angespart, sondern der Überziehungskredit des Parteivorstandes nach der Wahl wieder getilgt. Dies ist uns auch Dank der Beitragsaktion besser gelungen als ursprünglich geplant.

Thomas Goger
Landesschatzmeister

Jahresrechnung und Vermögensrechnung Haushaltsjahre 2013 und 2014

Jahresabschluß 2013

	Einnahmen			Ausgaben	
	1.1.-31.12.13			1.1.-31.12.13	
Beiträge	3.479.958 €	48,5%	Personalkosten	4.230.246 €	53,9%
Mandatsträgerabgaben	226.130 €	3,1%	Laufender Geschäftsbetrieb	584.508 €	7,5%
Einnahmen aus Vermögen	197.657 €	2,8%	Allgem. Politische Arbeit	575.902 €	7,3%
Einnahmen aus Veranstaltungen	44.264 €	0,6%	Wahlkampf	1.705.737 €	21,7%
Einn.aus Druckschriften	30.676 €	0,4%	Zuschüsse	737.745 €	9,4%
Spenden	330.621 €	4,6%	Zinsausgaben	286 €	0,0%
Staatliche Parteienfinanzierung Wahlergebnis	609.350 €	8,5%	Sonst. ges.	8.430 €	0,1%
Staatliche Parteienfinanzierung Finanzausgleich	1.454.007 €	20,2%			
Zuschüsse	775.285 €	10,8%			
Sonst.Einnahmen	33.626 €	0,5%			
Summe	7.181.575 €	100,0%	Summe	7.842.854 €	100,0%
Ergebnis	-661.279 €				

Jahresabschluß 2014

	Einnahmen			Ausgaben	
	1.1.-31.12.14			1.1.-31.12.14	
Beiträge	3.537.458 €	54,2%	Personalkosten	3.776.035 €	70,3%
Mandatsträgerabgaben	313.631 €	4,8%	Laufender Geschäftsbetrieb	487.496 €	9,1%
Einnahmen aus Vermögen	226.410 €	3,5%	Allgem. Politische Arbeit	363.814 €	6,8%
Einnahmen aus Veranstaltungen	53.293 €	0,8%	Wahlkampf	82.647 €	1,5%
Einn.aus Druckschriften	25.689 €	0,4%	Zuschüsse	660.241 €	12,3%
Spenden	95.403 €	1,5%	Zinsausgaben	0 €	0,0%
Staatliche Parteienfinanzierung Wahlergebnis	609.350 €	9,3%	Sonst. ges.	3.762 €	0,1%
Staatliche Parteienfinanzierung Finanzausgleich	1.409.397 €	21,6%			
Zuschüsse	233.000 €	3,6%			
Sonst.Einnahmen	28.225 €	0,4%			
Summe	6.531.857 €	100,0%	Summe	5.373.995 €	100,0%
Einnahmen ./.. Ausgaben	1.157.861 €				

Stand Vermögen 31.12.2014

Vermögen 1.1.2013 ohne Haus Oberanger, München	-311.409 €
Einnahmen 2013	7.181.575 €
Ausgaben 2013	7.842.854 €
Vermögen 31.12.13	-972.687 €
Einnahmen 2014	6.531.857 €
Ausgaben 2014	5.373.995 €
Vermögen ohne Haus Oberanger Stand 31.12.2014	185.174 €
2002 vom LV in das Haus Oberanger, München investiertes Vermögen	3.470.783 €

Das Haus- und Grundstücksvermögen ist entsprechend Parteiengesetz beim Parteivorstand erfasst.